**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 5 (1964)

**Heft:** 8

**Artikel:** Landwirtschaft : zurück zum Feudalismus

**Autor:** Revesz, Laszlo

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-1076650

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 11.09.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Landwirtschaft: Zurück zum Feudalismus

**Chruschtschew hat in seiner Landwirtschaftspolitik eine Schwenkung in Richtung auf die alte zaristische Feudalordnung gemacht. Die Kolchosdirektoren übernehmen nun die Rolle, die vor der Revolution den Pächtern der Grossgrundbesitzer zugefallen war. Sie haben ihren Untergebenen gegenüber freie Hand erhalten, um die minimalen Ablieferungen an den Staat zu erfüllen.**

Am 20. März 1964 wurde in der Sowjetunion ein vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und vom Ministerrat der UdSSR unterzeichnetes Dekret veröffentlicht, das nachstehend zusammengefasst wird:

*Es wird den örtlichen Partei-, Staats- und landwirtschaftlichen Organen verboten, den Kolchosen und Sowchosen Produktionsaufgaben zu stellen. Alle Organe, welche die Kolchosen und Sowchosen hindern, selbst die Produktionspläne zu machen, sollen streng bestraft werden.*

*Die Kolchosen und Sowchosen müssen Art und Umfang der Getreidekulturen, der Saatfläche, der Tierhaltung, der Zeiten für die Feldbestellung selber bestimmen.*

*Den Kolchosen und Sowchosen darf nur der staatliche Ankaufsplan vorgeschrieben werden; die Organisation der Produktion selbst bleibt den Kolchosen und Sowchosen überlassen. Im Fall von Differenzen zwischen dem Kolchosleiter oder Sowchosdirektor mit den untergeordneten Organen haben erstere das letzte Wort.*

*In den Kolchosen und Sowchosen müssen Fonds geschaffen werden, welche den weiteren Anstieg der Produktion sicherstellen. Es soll darauf geachtet werden, dass das Prinzip der materiellen Interessiertheit an der Produktion eingehalten wird, weil es die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung der Wirtschaft ist.*

**Dieses Dekret ist in mehrfacher Beziehung sensationell und illustriert auf dramatische Weise das Zick-Zack der sowjetischen Landwirtschaftspolitik. Es offenbart die tiefgreifende Agrarkrise, in die ein knappes halbes Jahrhundert kommunistischer Herrschaft den Agrarstaat Russland geführt hat.**

## Gespannte Versorgungslage

Seit dem Spätsommer letzten Jahres ist die andauernd gespannte Agrarlage der Sowjetunion in eine neue Krisenphase getreten. Im August/September wurde über den Ankauf erstaunlich grosser Mengen australischen und nordamerikanischen Weizens verhandelt. Am 23. September gab Chruschtschew diese Weizenkäufe dem russischen Volk bekannt und gestand damit die Krise der sowjetischen Landwirtschaft ein. Er machte schwierige Witterung und unzulängliche Kunstdüngung für diese Lage verantwortlich. Seither sind einige spärliche Angaben über die Getreideernte 1963 erfolgt. Auf Grund vorsichtiger Schätzungen kann man annehmen, dass die letztjährige Ernte etwa einen Drittel unter jener des Vorjahres liegen dürfte.

Die Gründe für die offensichtliche Krise sind sicher nicht in der Witterung zu suchen. Auf dem russischen Territorium hat es immer infolge Dürre oder Ueberschwemmungen lokale Notstandsgebiete gegeben. Ueber eine Naturkatastrophe grossen Ausmasses hat die Sowjetunion jedoch nicht berichtet. Was den Kunstdünger betrifft, so ist es darum tatsächlich schlecht bestellt: ein Beweis mangelhafter Planung und beschränkter Leistungsfähigkeit der sowjetischen Industrie. Aber auch dieser Umstand kann nicht allein an der Agrarkrise verantwortlich sein.

## Schlechte Entlöhnung der Landarbeiter

Bezeichnenderweise hat Chruschtschew in seiner Rede vom 28. Februar vor den führenden Partei- und Agrarfunktionären diese Begründungen fallengelassen und einen dritten Grund für die Agrarkrise verantwortlich gemacht: *schlechte Bezahlung der Landarbeiter.* Auch diese ist nicht einleuchtend. Denn erstens sind die russischen Landarbeiter immer schlecht bezahlt gewesen, und zweitens sind in den letzten Jahren keine drastischen Lohnkürzungen erfolgt.

**Dennoch sucht Chruschtschew in der richtigen Richtung, ohne allerdings das Uebel beim Namen zu nennen. Verantwortlich an der Krise, die latent immer vorhanden war und nur in günstigen Jahren etwas überdeckt werden konnte, ist die kommunistische Planwirtschaft. Sie ist vom Standpunkt des Volkswohlstandes ein Versager, und ihre Unzulänglichkeiten treten in der Landwirtschaft am sichtbarsten zutage.**

## Schwankende Agrarpolitik

Während die sowjetische Industriepolitik verhältnismässig konstant geblieben und die Schwerindustrie auf Kosten der Leichtindustrie gefördert worden ist, zeichnete sich die Agrarpolitik durch ständigen Kurswechsel aus. Dabei ist jeweilen nur an den Krankheitserscheinungen herumgedoktert worden; auf die Krankheitsursache ist man bisher nie eingegangen.

Diese Schwankungen bewegen sich im Spielraum, der von der freien Wirtschaft einerseits und der vollkollektivierten Wirtschaft anderseits begrenzt wird. Im ersten Fall kann der Bauer den Boden im Eigentum besitzen, ihn nach seinem Willen bebauen und über das Produkt voll verfügen. Im andern Fall ist der Bauer blosser Knecht, der den staatlichen Boden gemäss den Plananweisungen bebaut und dafür entlöhnt wird.

Die Oktoberrevolution von 1917 sollte den Bauern die völlige Befreiung bringen, gemäss dem Revolutionsprogramm, das dem Volke Frieden, Brot und Land versprach. Die neue ökonomische Politik von 1921 brachte eine Liberalisierung und weckte neue Hoffnungen auf Durchführung der Landreform. Die freiheitlichen Bestrebungen, die aber vom Lande ausgingen, gefährdeten das kommunistische Regime. Daher wurde 1931 eine durchgängige Kollektivierung vollzogen, die zu einer schweren Versorgungskrise führte.

In der Verfassung von 1936 wurde dann eine Mischform festgelegt, die erhebliche kollektivistische mit einigen marktwirtschaftlichen Elementen verbindet. Da ist zunächst das

**«Oh, s'ist ein wüster Garten, der auf in Samen spriesst. Verworfnes Unkraut erfüllt ihn gänzlich.» Hamlet meinte damit nicht die sowjetischen Felder, aber es passt — wenn man der Moskauer «Krokodil»-Karikatur glauben darf — zuweilen dennoch. Der Witz ist ziemlich bösartig und geht auf die neue Kunstdüngerkampagne Chruschtschews bzw. deren praktische Anwendung: «Schau nur den Unterschied zwischen dem ungedüngten und dem gedüngten Feld!» Dass den beiden Bauern auf dem Bild eine gewisse Aehnlichkeit zu Chruschtschew und Ulbricht nicht abzusprechen ist, lag natürlich nicht in der Absicht des Zeichners.**

## 1952 und zwölf Jahre später

**Den Pulsschlag des Kalten Krieges fühlten zeitweise auch die Philatelisten. Ulbricht hat in den Jahren der grossen Versprechungen auch die Poststempel zur politischen Propaganda eingesetzt. Der Propaganda-Slogan «Lernt vom Sowjetvolk, lernt vom grossen Stalin, wie man den Sozialismus aufbaut» ist inzwischen ausser Kraft gesetzt worden. Vom «grossen Stalin» hat man sich abgekehrt, und nunmehr will Chruschtschew vom «Kapitalismus» lernen, wie man eine bessere Wirtschaft aufbaut.**

vollkollektivistische Staatsgut (Sowchos), auf dem der Bauer blosser Knecht ist. Ferner gibt es eine Scheingenossenschaft (Kolchos), welcher der Boden zu angeblich unbefristeter Nutzung überlassen wird (allerdings gibt es keinen Rechtsschutz gegen die willkürliche Verfügung des Staates über diesen Boden: er kann Kolchosen zusammenlegen oder faktisch in Sowchosen verwandeln). Schliesslich gibt es sogenannte Nebenwirtschaften — und das ist das marktwirtschaftliche Element. Dem «Genossenschafter» auf einer Kolchose steht ein Stück Land zur freien Bebauung zu; er kann über das Produkt frei verfügen und es zu den höheren Preisen des freien Marktes verkaufen (während die Kolchosen den grössten Teil ihres Produktes zu den tiefen staatlichen Ankaufspreisen abliefern müssen).

## Kurze Geschichte der Nebenwirtschaften

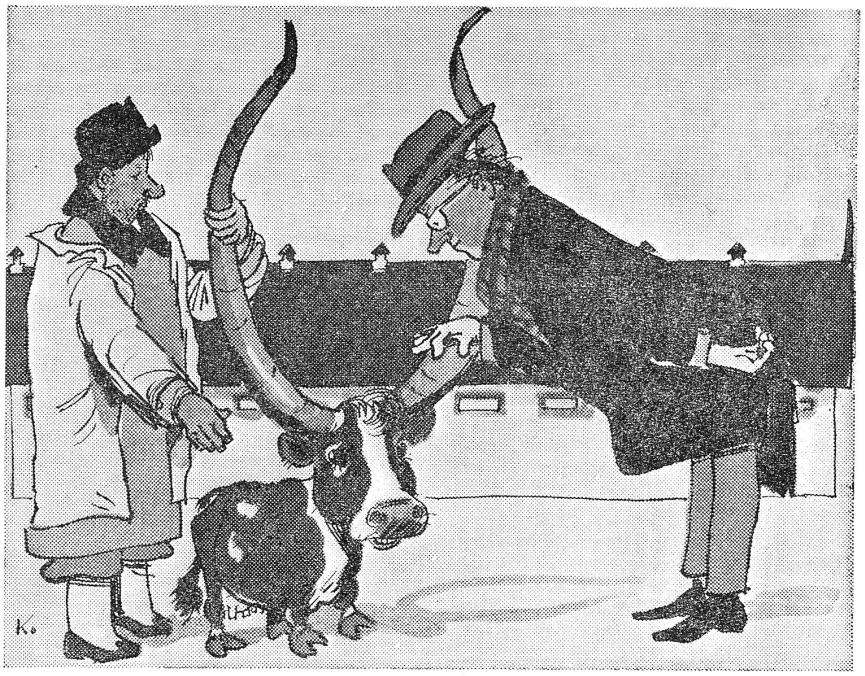
**Weil auf diesen Nebenwirtschaften der Bauer verhältnismässig selbständig ist, haben sie sich zur wichtigsten Produktionsstätte entwickelt.** Nach Abschluss der Kollektivierung 1933 breitete sich eine Hungersnot aus, die mehreren Millionen das Leben kostete (Stalin hat einmal gesprächsweise 5 Millionen Verhungerte zugegeben). Die Rettung kam von den Nebenwirtschaften. Das Kolchosstatut 1935 erlaubte je nach Bodenbeschaffenheit eine Nebenwirtschaft von 0,25 bis 1 Hektar. In Zeiten der Not wurden grössere Nebenwirtschaften geduldet, und handkehrum, so etwa knapp vor dem Zweiten Weltkrieg, wiederum eingeschränkt zu werden. Während und unmittelbar nach dem Kriege konnten sich diese Nebenwirtschaften wieder entwikkeln, um kurz vor Stalins Tod erneut bedrängt zu werden.

Chruschtschew sicherte 1954 den Bestand der Nebenwirtschaften zu, wodurch er seine Anhängerschaft erweitern konnte. Zwei Jahre darauf musste allerdings der Weg zurück angetreten werden: die Hofstellen wurden auf 0,2 bis 0,4 Hektar beschränkt. 1960/61 suchte man sie entscheidend zu schwächen; sie sollten, gewissermassen als Schrebergärtlein, nur noch der Erholung dienen. Viele Bauern verzichteten auf die Nebenwirtschaften, andere wurden als «Schmarotzer» deportiert. Diese Massnahme verursachte wieder eine Krise, washalb der seit 1961 verbotene freie Kolchosmarkt, auf dem der Bauer sein nebenwirtschaftliches Produkt absetzen kann, erneut zugelassen wurde.

## Nebenwirtschaften als Hauptlieferanten

Das Spannungsfeld zwischen ideologischer Gegnerschaft gegen die Nebenwirtschaften und wirtschaftlicher Abhängigkeit davon wird erst voll verständlich, wenn die Bedeutung dieser bescheidenen Hofstellen im Rahmen der gesamten landwirtschaftlichen Produktion erfasst wird. Die Fläche dieser Nebenwirtschaften von Sowchos- und Kolchosbauern kann nicht genau erfasst werden. Offiziell beträgt sie 6,74 Millionen Hektar, das heisst 3,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetunion. Der Anteil dürfte aber höher sein und etwa 7,5 Prozent betragen.

Diese höchstens 7,5 Prozent der Nutzfläche ernähren etwa 80 Millionen Menschen und liefern dazu noch 16 Prozent des gesamten staatlichen Ankaufs von Agrarprodukten. Dieser Anteil erreicht bei Kartoffeln gar 48 Prozent, beim Fleisch 20 Prozent, bei Eiern 51 Prozent usw.



**Viele Agrarspezialisten in den kommunistischen Ländern, so sagte Chruschtschew in Budapest, hätten vor lauter Fachwissen Angst vor einer Kuh. Diese Kuh hier auf der «Krokodil»-Zeichnung ist wirklich «gfürchig», aber laut Kommentar das Zuchtergebnis eben solcher Schreibtisch-Spezialisten. «Aus der Praxis der Ober-Experimentatoren» lautet der Text der Moskauer satirischen Zeitschrift.**

## Triumph der Privatwirtschaft

**Mit der Leistung der Nebenwirtschaften ist der Beweis erbracht, dass die freie Wirtschaft ungleich wirksamer und besser arbeitet. Was sich aus einem Vergleich der Entwicklung des zweigeteilten Deutschlands im Grossen feststellen lässt, wiederholt sich im Kleinen, aber nicht weniger bedeutsamen Ausmass, in der sowjetischen Landwirtschaft.**

Dieser Triumph der Privatwirtschaft steht fest und kann nicht wegdiskutiert werden. Nicht die schlechte Entlöhnung der russischen Bauern ist für die Agrarkrise verantwortlich, sondern die kommunistische Planwirtschaft, die unter anderem auch eine schlechte Entlöhnung bewirkt.

**Wenn daher eine Abhilfe gesucht werden soll, kann sie weder in einer allgemeinen Lohnsteigerung, noch unbedingt in einer Verstärkung des früher von den Kommunisten so verhassten Leistungslohnes gefunden werden. Die Heilung kann schliesslich nur in der Reprivatisierung der sowjetischen Landwirtschaft liegen. Das aber stellt das sowjetische Regime in Frage. Daher hat nun Chruschtschew einen andern Weg gewählt.**

## Der sowjetische Neofeudalismus

Statt des Sprunges nach vorne in die Privatwirtschaft wagt der sowjetische Partei- und Regierungschef den Sprung zurück in den zarastischen Feudalismus.

Chruschtschew setzt auf die Sowchosdirektoren und Kolchosvorsitzenden. Er unterstellt mit diesem sensationellen Dekret die neue Klasse von etwa 50 000 Menschen direkt dem Ministerrat der UdSSR und macht sie zugleich unabhängig von Partei und Volkswirtschaftsplan. Wie die Sowchosen und Kolchosen arbeiten, ist künftig ausschliessliche Angelegenheit von deren Leitern, solange die vorgeschriebene Ablieferung an den Staat eingehalten wird.

Es sind somit kleine Diktatoren geschaffen worden, die den grossen Diktator bedingungslos unterstützen werden. Selbstherrlich können diese Leiter der Güter nun die Bauern nach eigenen Richtlinien zur Arbeit anhalten, Die russische Bauernschaft wird den Sowchosendirektoren und Kolchosvorsitzenden ausgeliefert, wie sie es seinerzeit dem Verwalter der aristokratischen Güter war.

Die zaristischen Grossgrundbesitzer pflegten ihre Güter meist nicht selbst zu bewirtschaften, sondern setzten Verwalter ein mit der Auflage, einen monatlichen Betrag etwa nach Moskau, St. Petersburg oder Nizza zu überweisen. Wie dieser Betrag erwirtschaftet wurde, war den Grundbesitzern meist gleich. Sie interessierten sich auch kaum darum, ob die Verwalter durch entsprechende Arbeitsweise einen zusätzlichen Betrag in die eigene Tasche lenken konnten. Aber das Ergebnis war die Ausbeutung des russischen Volkes durch ein feudalistisches Regime, das seine Herrschaft vom Mittelalter bis in die Anfänge unseres Jahrhunderts ausdehnen konnte und nunmehr offiziell Urständ feiert.

Die sowjetische Agrarpolitik der letzten 30 Jahre ist ein gigantisches Experiment von grosser Bedeutung. Es zeigt die Grenzen einer zentralgelenkten Agrarpolitik und hat mithin einen Aussagewert auch für die freie Marktwirtschaft.

Prof. Dr. Laszlo Revesz